

Stand: 10.05.2022 16:23:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19631

"Wohlstand für alle I: Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie abschaffen!"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 18/19631 vom 03.01.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22063 des HA vom 24.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22148 vom 05.04.2022



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner AfD**

Wohlstand für alle I: Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Programm zur Unterstützung und Erleichterung der bürgerlichen Vermögensbildung zu entwickeln.

Im Rahmen dieses Vermögensbildungsprogramms ist die bestehende Wohneigentumsförderung auszuweiten und zu vertiefen: Dabei ist insbesondere die Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie abzuschaffen.

Begründung:

Die Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft, wie Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard, sahen die Möglichkeit der breiten Bevölkerungsschicht zur Vermögensbildung und der Bildung privaten Wohneigentums als eine der wichtigsten Grundlagen für eine wohlhabende, freie und sozial gerechte Gesellschaft.

Leider wird in Deutschland das Potenzial zur Vermögensbildung immer weiter eingeschränkt. So ist das Median-Vermögen pro Erwachsenen in Deutschland deutlich niedriger als in den meisten anderen Industrieländern. Es betrug laut Credit Suisse Research Institute 56.700 Euro. In Frankreich waren es dagegen 115.800 Euro, in Italien 103.000 Euro und in Spanien 91.700 Euro. Nur die Griechen waren mit 50.000 Euro weniger wohlhabend.¹

Ein Eigenheim ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für wirtschaftliche Eigenständigkeit, Vermögensaufbau, Krisensicherheit und Altersarmutsprävention. Bedauerlicherweise besitzen nur 44 Prozent der deutschen Haushalte eine eigene Wohnimmobilie. In Österreich beträgt der Anteil der Haushalte 46 Prozent, in Frankreich 58 Prozent, in Italien 69 Prozent, in Griechenland 72 Prozent und in Spanien über drei Viertel der Haushalte.²

Deshalb sollte sich die Wohnungspolitik der Staatsregierung intensiver auf die Erleichterung der Vermögensbildung und der Erhöhung der Eigenheimquote der breiten Bevölkerung konzentrieren.

¹ Credit Suisse Research Institute (2021). Global Wealth Report 2021. URL: <https://www.credit-suisse.com/about-us/en/reports-research/global-wealth-report.html>

² ECB (2021). The Households Finance and Consumption Survey. Wave 2017 (May 2021 version). URL: https://www.ecb.europa.eu/pub/economic-research/research-networks/html/researcher_hfcn.en.html

Nach Einschätzungen der Deutschen Bundesbank würde die Umsetzung der in der Antragsreihe geforderten Maßnahmen die Wohneigentumsquote in Bayern von 44 auf 58 Prozent und somit das Vermögen der bayerischen Bürger um 11 Prozent erhöhen – das ist durchschnittlich ein Mehrvermögen je Erwachsenen von 6.200 Euro.³

Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie würde den Immobilienmarkt um maximal 13,3 Mrd. Euro und jeden erwachsenen Bürger jährlich um bis zu 161 Euro entlasten.

³ Kaas L. et al. (2020) Reasons for the low homeownership rate in Germany. Deutsche Bundesbank. URL: <https://www.bundesbank.de/en/publications/research/research-brief/2020-30-homeownership-822176>



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a.
AfD
Drs. 18/19631**

**Wohlstand für alle I: Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie
abschaffen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Bernhard Pohl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 129. Sitzung am 24. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Claudia Köhler
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner** AfD

Drs. 18/19631, 18/22063

Wohlstand für alle I: Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie abschaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident